

---

**Vorsitz: Litauen****873. PLENARSITZUNG DES RATES**

1. Datum: Donnerstag, 7. Juli 2011

Beginn: 10.05 Uhr

Schluss: 11.50 Uhr

2. Vorsitz: A. Krivas

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: FINANZBERICHT UND JAHRESABSCHLUSS FÜR  
DAS AM 31. DEZEMBER 2010 ZU ENDE  
GEGANGENE JAHR UND BERICHT DES  
EXTERNEN RECHNUNGSPRÜFERS

Vorsitz, Externer Rechnungsprüfer der OSZE, Polen – Europäische Union  
(mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik  
Mazedonien, Island, Montenegro und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs-  
und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien,  
Bosnien und Herzegowina und Serbien; dem Mitglied des Europäischen  
Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen; sowie mit Andorra, Armenien,  
Georgien, Moldau und der Ukraine) (PC.DEL/714/11), Vereinigte Staaten von  
Amerika (PC.DEL/711/11), Russische Föderation (PC.DEL/722/11)

Punkt 2 der Tagesordnung: JAHRESBERICHT DES PRÜFUNGS AUSSCHUSSES

Vorsitz des Prüfungsausschusses, Polen – Europäische Union (mit den  
Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien,  
Island, Montenegro und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und  
Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien  
und Herzegowina und Serbien; dem Mitglied des Europäischen Wirtschafts-  
raums und EFTA-Land Norwegen; sowie mit Andorra, Armenien, Georgien,  
Moldau und der Ukraine) (PC.DEL/715/11), Vereinigte Staaten von Amerika  
(PC.DEL/710/11), Russische Föderation (PC.DEL/723/11), Vorsitz

Punkt 3 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

- (a) *Die Lage in Belarus: Polen – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island und Montenegro; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien; sowie den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen) (PC.DEL/716/11), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/713/11), Kanada, Belarus (PC.DEL/718/11)*
- (b) *Internationaler Tag der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Opfer der Folter am 26. Juni 2011: Polen – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Armenien, Georgien, Moldau und der Ukraine) (PC.DEL/717/11), Schweiz (PC.DEL/712/11), Vereinigte Staaten von Amerika*

Punkt 4 der Tagesordnung: BESCHLUSS ÜBER DEN FINANZBERICHT UND JAHRESABSCHLUSS FÜR DAS AM 31. DEZEMBER 2010 ZU ENDE GEGANGENE JAHR UND DEN BERICHT DES EXTERNEN RECHNUNGSPRÜFERS

Vorsitz

**Beschluss:** Der Ständige Rat verabschiedete den Beschluss Nr. 1002 (PC.DEC/1002) über den Finanzbericht und Jahresabschluss für das am 31. Dezember 2010 zu Ende gegangene Jahr und den Bericht des externen Rechnungsprüfers; der Wortlaut des Beschlusses ist diesem Journal beigelegt.

Punkt 5 der Tagesordnung: BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN

- (a) *Erklärung des Amtierenden Vorsitzenden über die Notwendigkeit weiterer Bemühungen zur Lösung des Berg-Karabach-Konflikts: Vorsitz (CIO.GAL/137/11)*
- (b) *Besuch des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung mit dem weiteren Schwerpunkt Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christen und Angehörigen anderer Religionen, des Persönlichen Beauftragten für die Bekämpfung von Antisemitismus und des Persönlichen Beauftragten für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen vom 27. bis 30. Juni 2011 in Frankreich: Vorsitz (CIO.GAL/138/11)*
- (c) *Erklärung des Amtierenden Vorsitzenden zur Gewalt gegen Bürger in Belarus: Vorsitz (CIO.GAL/138/11)*

- (d) *Besuch des Amtierenden Vorsitzenden in Podgorica, Belgrad und Priština vom 4. bis 8. Juli 2011: Vorsitz (CIO.GAL/138/11)*
- (e) *Besuch ständiger Vertreter der OSZE in Moldau vom 6. bis 9. Juli 2011: Vorsitz (CIO.GAL/138/11)*
- (f) *Bericht über die Umsetzung von Beschluss Nr. 980 des Ständigen Rates über die Beitragsschlüssel für 2011 und von Beschluss Nr. 981 des Ständigen Rates über die Genehmigung des Gesamthaushaltsplans 2011: Vorsitz (CIO.GAL/138/11), Russische Föderation, Polen – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Türkei; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Albanien; sowie mit Moldau und der Ukraine) (PC.DEL/724/11)*

Punkt 6 der Tagesordnung: **BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS**

- (a) *Teilnahme des Generalsekretärs an der Zwanzigsten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE vom 6. bis 10. Juli 2011 in Belgrad: Personaldirektor*
- (b) *Ausstehende Zahlungen von festgesetzten Beiträgen zum Gesamthaushaltsplan 2011: Personaldirektor*
- (c) *Fertigstellung der ukrainischen Sprachfassung der Website des OSZE-Projektkoordinators in der Ukraine: Personaldirektor*
- (d) *Bekanntgabe der Verteilung eines schriftlichen Berichts des Generalsekretärs: Personaldirektor*

Punkt 7 der Tagesordnung: **SONSTIGES**

- (a) *Verabschiedung einer Sicherheitsstrategie durch Spanien am 24. Juni 2011: Spanien (Anhang)*
- (b) *Zusätzliches Treffen zur menschlichen Dimension betreffend die Förderung von Pluralismus in den Neuen Medien am 7. und 8. Juli 2011 in Wien: Vorsitz*
- (c) *Expertentreffen zur Stärkung der Kapazität zur Unterstützung von Mediation in der OSZE am 12. Juli 2011 in Wien: Vorsitz*
- (d) *Organisatorische Angelegenheiten: Vorsitz*

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 14. Juli 2011, 10.00 Uhr im Neuen Saal

---

**873. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 873, Punkt 7 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DER DELEGATION SPANIENS**

Herr Vorsitzender,

die Delegation Spaniens möchte den Ständigen Rat davon in Kenntnis setzen, dass der spanische Ministerrat am Freitag, dem 24. Juni, die Spanische Sicherheitsstrategie verabschiedet und deren Vorlage an das Parlament verfügt hat.

Die Sicherheit Spaniens und seiner Bevölkerung zu garantieren, ist die oberste Aufgabe der Regierung und der öffentlichen Verwaltung. Deshalb war es erforderlich, den spanischen Analyse- und Reaktionsrahmen angesichts der neuen Dimensionen dieser Sicherheit zu aktualisieren.

Zu diesem Zweck und in Erfüllung der Zusage des Ministerpräsidenten in seiner Inaugurationsrede vor dem Abgeordnetenhaus hat die Regierung die erste Spanische Sicherheitsstrategie verabschiedet.

Unter der Leitung von Javier Solana wurde sie von einer Kommission und einer Arbeitsgruppe ausgearbeitet, in der die zuständigen Ministerien vertreten waren. Sie wurde in Absprache mit internationalen und nationalen Experten, Vertretern politischer Parteien und Angehörigen der Zivilgesellschaft und des Privatsektors konzipiert, um den nötigen Konsens für dieses staatliche Unterfangen herbeizuführen. Sie ist auf ein Jahrzehnt angelegt und wird alle fünf Jahre oder wenn es die Umstände erfordern revidiert werden. Vor ihrer Verabschiedung durch den Ministerrat und ihrer Weiterleitung an das Parlament wurden die politischen Parteien, die im Parlament über eine eigene Fraktion verfügen, über den Text informiert.

Die Strategie, die auf der Website des Regierungssitzes (<http://www.lamoncloa.gob.es/home.htm>) auf Spanisch und Englisch verfügbar ist, besteht aus einer Einleitung und fünf Kapiteln: (i) die Notwendigkeit einer Strategie, (ii) die Sicherheit Spaniens in der Welt, (iii) Risikofaktoren, (iv) Bedrohungen, Risiken und Reaktionen und (v) ein integriertes institutionelles Modell.

Herr Vorsitzender,

die zentralen Ziele des Dokuments bestehen darin, die Bedrohungen und Risiken für unsere Sicherheit zu analysieren, unsere Reaktionsfähigkeit zu bewerten, strategische Handlungslinien zu identifizieren und die institutionellen Mechanismen in diesem Bereich zu aktualisieren. Es werden sechs Grundprinzipien aufgezeigt, die unsere Bemühungen im Sicherheitsbereich leiten werden: (i) ein ganzheitlicher Ansatz in Bezug auf die verschiedenen Dimensionen der Sicherheit, (ii) Koordination innerhalb der öffentlichen Verwaltung und mit der Gesellschaft, (iii) effizienter Einsatz der Mittel, (iv) rechtzeitiges Erkennen und Verhütung der Bedrohungen und Risiken, (v) Widerstandsfähigkeit und Wiederherstellung von Sicherheitssystemen und (vi) verantwortungsvolles Zusammenwirken mit unseren Partnern und Verbündeten.

Des Weiteren geht das Dokument über die Spanische Sicherheitsstrategie auf folgende Bedrohungen ein: (i) bewaffnete Konflikte, (ii) Terrorismus, (iii) organisierte Kriminalität, (iv) wirtschaftliche und finanzielle Unsicherheit, (v) Angriffsflächen im Energiebereich, (vi) Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, (vii) Cyber-Bedrohungen, (viii) unkontrollierte Migrationsströme und (ix) Notfälle und Katastrophen.

Schließlich sei darauf hingewiesen, dass in dem vom Ministerrat verabschiedeten Dokument die Schaffung eines Spanischen Sicherheitsrats vorgeschlagen wird, dem eine Unterstützungseinheit im Amt des Ministerpräsidenten sowie eine Einheit für integrierte Reaktion nach außen hin (URIE) und ein Wirtschaftliches Nachrichtendienstsystem (SIE) zur Seite stehen soll.

Mit dieser Strategie schließt sich Spanien der kleinen Gruppe von Ländern an, die sich in den letzten Jahren eine solche Nationale Sicherheitsstrategie gegeben haben, darunter die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Frankreich (Weißbuch), die Niederlande, Polen, die Slowakei, Kanada und die Russische Föderation, neben der Europäischen Union selbst; sie alle sind Teilnehmerstaaten der OSZE.

Herr Vorsitzender,

Diese Information wurde auch dem Forum für Sicherheitskooperation in seiner Plenarsitzung vom 6. Juli bekannt gegeben. Wir sind der Ansicht, dass sie auch für die Themen, die üblicherweise auf der Tagesordnung des Sicherheitsausschusses stehen, von Belang ist.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn diese Erklärung dem Protokoll dieser Sitzung des Ständigen Rates als Anhang angeschlossen würde.

Vielen Dank.

**873. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 873, Punkt 4 der Tagesordnung

**BESCHLUSS Nr. 1002  
FINANZBERICHT UND JAHRESABSCHLUSS  
FÜR DAS AM 31. DEZEMBER 2010 ZU ENDE GEGANGENE JAHR  
UND BERICHT DES EXTERNEN RECHNUNGSPRÜFERS**

Der Ständige Rat –

gemäß den einschlägigen Bestimmungen der vom Ständigen Rat am 27. Juni 1996 genehmigten Finanzvorschriften (DOC.PC/1/96), insbesondere den Bestimmungen 7.05 und 8.06 (e), sowie gemäß Schritt 5 (b) des StR-Beschlusses Nr. 553 über das OSZE-Haushaltsgebaren,

unter erneutem Hinweis auf die Wichtigkeit von voller Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Arbeitsweise der OSZE,

Kenntnis nehmend vom Finanzbericht und vom Jahresabschluss für das am 31. Dezember 2010 zu Ende gegangene Jahr und vom Bericht des externen Rechnungsprüfers (PC.ACMF/43/11 vom 15. Juni 2011),

mit dem Ausdruck des Dankes an den externen Rechnungsprüfer, den Rechnungshof der Ukraine, für die geleistete Arbeit,

Kenntnis nehmend von der Bestätigung des Jahresabschlusses für das am 31. Dezember 2010 zu Ende gegangene Jahr in Form eines uneingeschränkten Genehmigungsvermerks –

1. nimmt den Finanzbericht und den Jahresabschluss für das am 31. Dezember 2010 zu Ende gegangene Jahr an;
2. ersucht den Generalsekretär, einen Arbeitsplan für die Umsetzung der Empfehlungen des externen Rechnungsprüfers laut dessen Bericht für 2010 zu erstellen und dem Beratenden Ausschuss für Verwaltung und Finanzen bis spätestens 31. Oktober 2011 vorzulegen; ersucht den Generalsekretär ferner, den Ständigen Rat im Wege des Beratenden Ausschusses für Verwaltung und Finanzen regelmäßig über die Umsetzung dieses Plans zu informieren und dabei die Anleitungen des Beratenden Ausschusses für Verwaltung und Finanzen zu berücksichtigen.